



REPUBLIK ÖSTERREICH
Personalvertretungsaufsichtsbehörde
beim Bundesministerium für Kunst, Kultur
öffentlichen Dienst und Sport

Hohenstaufengasse 3, 1010 Wien
E-MAIL • PVAB@BMKOES.GV.AT
TELEFON • 01/71606/667409
TELEFAX • 01/71344/047409

V 1-PVAB/24

Bericht
der Personalvertretungsaufsichtsbehörde
über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen
im Jahr 2023

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	Seite 4
<i>Allgemeines</i>	Seite 4
<i>Aktuelle Zusammensetzung der PVAB</i>	Seite 5
2. Rechtsgrundlage des Berichts	Seite 6
3. Tätigkeitsstatistik	Seite 7
<i>Verfahrensdauer</i>	Seite 8
<i>Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG</i>	Seite 8
<i>Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG</i>	Seite 9
<i>Gutachten nach § 10 Abs. 7 PVG</i>	Seite 9
4. Zur Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der PV-Organen	Seite 9
<i>Anträge auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von PV-Organen</i>	Seite 9
<i>Verteilung der aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien</i>	Seite 10
5. Zur Einhaltung des PVG durch Organe des des Dienstgebers	Seite 11
<i>Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch Organe des Dienstgebers</i>	Seite 11
<i>Verteilung der Beschwerdeprüfungsverfahren auf die Bundesministerien</i>	Seite 11
6. Veröffentlichung der Entscheidungen der PVAB	Seite 12

1. Einleitung

Die Personalvertretungsaufsichtsbehörde (PVAB) erstattet durch ihre Mitglieder Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI als Vorsitzende sowie Mag. Martin SAUSENG als Vertreter des Dienstgebers und Mag. Walter HIRSCH als Vertreter der Dienstnehmer:innen dem Herrn Vizekanzler und Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Mag. Werner KOGLER Bericht gemäß § 41f des Bundes-Personalvertretungsgesetzes (PVG).

Allgemeines

Die Personalvertretungsaufsichtsbehörde, die beim Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport (BMKÖS) eingerichtet ist, ist für die Aufsicht über die Personalvertretung zuständig.

Sie hat die Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen von Amts wegen zu überprüfen oder auf Antrag tätig zu werden, wenn die Verletzung von Rechten durch gesetzwidrige Geschäftsführung eines Personalvertretungsorgans behauptet wird.¹⁾ Für die aufsichtsbehördlichen Verfahren gilt das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG). Behauptet eine Partei des Verfahrens, durch den Bescheid in ihren subjektiven Rechten verletzt zu sein, kann gegen den Bescheid der PVAB wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht (BVwG) erhoben werden. Das BVwG kann von den Parteien des Verfahrens auch wegen Verletzung der Entscheidungspflicht durch die PVAB angerufen werden.

Die PVAB hat nicht nur ihr eigenes Verfahren zu führen, sondern auch das Vorverfahren des Beschwerdeverfahrens vor dem BVwG abzuwickeln (wie beispielsweise Aberkennung der aufschiebenden Wirkung der Beschwerde, Beurteilung der Zulässigkeit und Rechtzeitigkeit einer Beschwerde gegen eine solche Aberkennung, allfällige Beschwerdevorentscheidung, Beurteilung der Zulässigkeit des Vorlageantrags sowie Vorlage an das BVwG und Information der Parteien über die Beschwerde). Im Verfahren vor dem BVwG ist auch die PVAB Partei.

Gegen Erkenntnisse des BVwG ist die Revision an den Verwaltungsgerichtshof (VwGH) zulässig, wenn davon die Lösung einer grundsätzlichen Rechtsfrage abhängt, insbesondere weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des VwGH abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des VwGH nicht einheitlich beantwortet wurde. Die PVAB hat als Partei auch im Verfahren vor dem VwGH mitzuwirken und kann auch selbst Revision gegen Erkenntnisse des BVwG erheben. Hat die PVAB nicht selbst Revision erhoben, hat sie als belangte Behörde dennoch Parteistellung im Verfahren vor dem VwGH.

¹⁾ § 41 Abs. 1 PVG

Auch der Verfassungsgerichtshof (VfGH) kann gegen ein Erkenntnis des BVwG in PVG-Angelegenheiten angerufen werden, soweit von dem:der Beschwerdeführer:in behauptet wird, durch das Erkenntnis in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung einer gesetzwidrigen Verordnung, einer gesetzwidrigen Kundmachung über die Wiederverlautbarung eines Gesetzes (Staatsvertrages), eines verfassungswidrigen Gesetzes oder eines rechtswidrigen Staatsvertrages in ihren:seinen Rechten verletzt zu sein.

Die PVAB hat auch Beschwerden von Personalvertretungsorganen über die Verletzung von Bestimmungen des PVG durch ein Organ des Dienstgebers in dem der Beschwerde vorangegangenen Jahr zu prüfen.²⁾

Schließlich ist die PVAB für die Erstellung von Gutachten³⁾ zuständig, sofern zwischen den zuständigen Organen der Zentralstelle und dem zuständigen Zentralausschuss kein Einvernehmen über eine bestimmte vom Dienstgeber beabsichtigte Maßnahme erzielt werden kann. Es entscheidet dann zwar der:die Ressortleiter:in, jedoch ist zuvor mit dem Zentralausschuss persönlich darüber zu beraten und auf dessen Verlangen ein Gutachten der PVAB zur Streitfrage einzuholen. Das Gutachten hat die PVAB innerhalb von vier Wochen zu erstatten.

Auf die Behandlung von Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch den Dienstgeber und auf die Erstattung von Gutachten an eine Ressortleitung ist das AVG nicht anzuwenden. Die PVAB entscheidet in diesen Fällen endgültig, der Rechtszug an das BVwG und den VwGH ist ausgeschlossen.

Die PVAB besteht aus einer:einem rechtskundigen Vorsitzenden sowie einer:einem rechtskundigen Bundesbediensteten als Vertretung des Dienstgebers und einer:einem rechtskundigen Bundesbediensteten als Vertretung der Dienstnehmer:innen, wobei DG- und DN-Vertretung im Zeitpunkt ihrer Bestellung dem Aktivstand anzugehören haben. Für jedes Mitglied sind zwei Ersatzmitglieder zu bestellen. Alle Mitglieder der PVAB sind in Ausübung ihres Amtes weisungsfrei.

Aktuelle Zusammensetzung der PVAB

Vorsitzende: Sektionschefin i.R. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI

1. Stellvertreter der Vorsitzenden: Sektionschef i.R. Dr. Stephan CHAVANNE, MBA
2. Stellvertreter der Vorsitzenden: Sektionschef i.R. Dr. Matthias TSCHIRF

²⁾ § 41 Abs. 4 PVG

³⁾ § 10 Abs. 7 PVG

Dienstgebervertreter: Ministerialrat Mag. Martin SAUSENG (BMKÖS)

1. Ersatzmitglied: Ministerialrätin Mag.^a Gabriele STEININGER (BMKÖS)
2. Ersatzmitglied: Leitender Staatsanwalt Mag. Gerhard NOGRATNIG, LL.M. Eur. (BMJ)

Dienstnehmervertreter: Ministerialrat Mag. Walter HIRSCH (BMLV)

1. Ersatzmitglied: Ministerialrätin Mag.^a Olivia ARO-WAGERER, MSc. (BMI)
2. Ersatzmitglied: Oberrat MMag. Daniel SOUDEK, MBA MSc. LL.M. (BKA)

Die Bestellung der aktuellen Mitglieder der PVAB erfolgte mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2024 für eine Tätigkeitsdauer von fünf Jahren (3. Funktionsperiode der PVAB). Die Kanzleigeschäfte der PVAB und die Geschäftsführung für die administrativen Angelegenheiten der PVAB werden vom BMKÖS (Abteilung III/1) wahrgenommen.

2. Rechtsgrundlage des Berichts

Berichte⁴⁾

§ 41f. Die Aufsichtsbehörde hat zu Jahresbeginn der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Bericht über ihre Tätigkeit und ihre Wahrnehmungen im vorangegangenen Jahr betreffend

1. die Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der Organe der Personalvertretung und
2. die Einhaltung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes durch die Organe des Dienstgebers

zu erstatten. Dieser Bericht ist von der Bundesministerin oder dem Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport im Wege der Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegen.“

Zu den Berichten über die Tätigkeit und die Wahrnehmungen der Personalvertretungsaufsicht ist darauf hinzuweisen, dass mit der Schaffung der PVAB mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2014 nichts an den inhaltlichen Rechtsgrundlagen im PVG geändert wurde.

So ist zwar das AVG auf die Erstellung von Gutachten iSd § 10 Abs. 7 PVG, die auf Verlangen des zuständigen Zentralausschusses bei Nichteinigung mit der Ressortleitung von dem:der Bundesminister:in bei der Personalvertretungsaufsicht eingeholt werden müssen, sowie auf die Prüfung von Beschwerden von Personalvertretungsorganen iSd § 41 Abs. 4 PVG wegen Verletzung von Bestimmungen des PVG durch ein Organ des Dienstgebers seit 1. Jänner 2014 nicht mehr anzuwenden, doch wurden durch diese rein formalen Änderungen der Verfahrensvorschriften die materiellen Inhalte des PVG nicht beeinflusst.

⁴⁾ Novelle zum Bundes-Personalvertretungsgesetz (PVG) BGBl. I Nr. 82/2013, idF BGBl. I Nr. 153/2020.

Unverändert gelten daher die Regelungen im PVG, nach denen die Personalvertretungsorgane ihre Geschäftsführung im Sinne des Gesetzes ordnungsgemäß abzuwickeln haben. Ebenso unverändert sind auch die Bundesminister:innen und die ihnen unterstellten zuständigen Organe des Dienstgebers weiterhin an die sie betreffenden Vorschriften des PVG gebunden. Daraus folgt, dass – wie auch vom BVwG und vom Höchstgericht VwGH festgestellt – die bisherige Judikatur der PVAK weiterhin von Bedeutung auch für die Rechtsprechung der PVAB ist.

3. Tätigkeitsstatistik

	2022	2023
Zahl der eingelangten Fälle insgesamt	36	20
Zahl erledigter Fälle insgesamt⁵⁾	41	23
Anträge (§ 41 Abs. 1 PVG)	20	13
Zahl der Erledigungen⁶⁾	26	13
<i>davon Bescheide</i>	26	12
Beschwerden (§ 41 Abs. 4 PVG)⁷⁾	7	5
Zahl der Erledigungen	7	5
Gutachten (§ 10 Abs. 7 PVG)	0	0
Zahl der Erledigungen	0	0
Beschwerden an das BVwG	5	3
Entscheidungen des BVwG⁸⁾, davon	14	8
<i>Zurückweisung</i>	0	1
<i>Abweisung</i>	12	6
<i>Stattgebung</i>	2	1
Revisionsanträge an den VwGH	1	0
Entscheidungen des VwGH⁸⁾, davon	2	0
<i>Zurückweisung</i>	1	0
<i>Abweisung</i>	1	0
<i>Stattgebung</i>	1	0
Beschwerden an den VfGH	0	0
Entscheidungen des VfGH, davon	0	0
<i>Ablehnung der Behandlung</i>	0	0
<i>Zurückweisung</i>	0	0
<i>Abweisung</i>	0	0
<i>Stattgebung</i>	0	0

⁵⁾ Inklusive Tätigkeitsbericht 2022 der PVAB, zwei Verfahren von Amts wegen, sowie 2 weiteren Fällen im Verwaltungsbereich (mündliche Verhandlungen vor dem BVwG) zusätzlich zum Tätigkeitsbericht.

⁶⁾ Keine offenen Fälle aus 2022.

⁷⁾ Auf diese Verfahren ist das AVG nicht anzuwenden.

⁸⁾ Inklusive Erkenntnissen zu Fällen aus Jahren vor 2023.

Im **Jahr 2023** hat die PVAB insgesamt **23⁵⁾ (41)⁹⁾** Fälle erledigt.

Verfahrensdauer

Die **Verfahrensdauer** lag in allen im Berichtsjahr 2023 erledigten Fällen deutlich unter der nach § 73 AVG höchstzulässigen Entscheidungsfrist von sechs Monaten.

Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG

Im **Berichtsjahr 2023** wurden **13 (20) Anträge nach § 41 Abs. 1 PVG** auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von Personalvertretungsorganen bei der PVAB eingebracht, wovon **11 (20)** dieser Verfahren im Berichtsjahr erledigt werden konnten. Zusätzlich wurden im Berichtsjahr 2023 auch **2** Verfahren von Amts wegen abgeschlossen.

In diesen aufsichtsbehördlichen Verwaltungsverfahren, auf die das AVG anzuwenden ist, wurden im Berichtsjahr **12 (26) Bescheide** erlassen. Dabei wurde in **4** Fällen bzw. **33,3 %** **gesetzwidrig**e Geschäftsführung und in **3** Fällen bzw. **25 %** **gesetzmäßige** Geschäftsführung festgestellt. In **5** Fällen bzw. **41,7 %** musste der Antrag aus formalen Gründen zurückgewiesen werden.

Die Zahl der **Beschwerden an das BVwG** gegen Entscheidungen der PVAB ist gegenüber 2022 im Berichtsjahr 2023 im Verhältnis zur Zahl der Bescheide in etwa konstant geblieben. Zu den im Berichtsjahr von der PVAB erlassenen **12 (26)** Bescheiden wurde in **3 (5) Fällen** bzw. **25 %** – also in einem Viertel der Fälle – Beschwerde an das BVwG erhoben, während das im Jahr 2022 in einem Fünftel der Fälle der Fall war.

Die bis **Ende 2023** eingelangten **8 (14) Erkenntnisse des BVwG** haben in **6 Fällen** bzw. **75 %** die Entscheidungen der PVAB **bestätigt**, in **1 Fall** bzw. **12,5 %** der Beschwerde **stattgegeben** und in **1 Fall** bzw. **12,5 %** die Beschwerde wegen fehlender Beschwerdelegitimation **zurückgewiesen**.

Im **Berichtsjahr 2023** langte(n) **0 (2)** Entscheidung(en) des **Verwaltungsgerichtshofes** (VwGH) bei der PVAB ein.

Der **Verfassungsgerichtshof** (VfGH) wurde auch im Berichtsjahr 2023 in keinem einzigen Fall gegen eine Entscheidung in einer PVG-Angelegenheit angerufen.

⁹⁾ In Klammer angeführt jeweils die Zahlen des Vorjahres.

Beschwerden nach § 41 Abs. 4 PVG

Im **Berichtsjahr 2023** wurden **5 (7)¹⁰⁾11)** wegen behaupteter Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers im vorangegangenen Jahr bei der PVAB eingebracht, die alle **5 (7)** noch im Berichtsjahr erledigt werden konnten. Offene Beschwerdefälle aus dem Vorjahr lagen nicht vor. Im Berichtsjahr 2023 verabschiedete die PVAB somit **5 (7) Prüfungsergebnisse** zu Beschwerden gegen Organe des Dienstgebers.

Gutachten nach § 10 Abs. 7 PVG

Im **Berichtsjahr 2023** wurde **0 (1) Gutachten¹¹⁾** der PVAB **gemäß § 10 Abs. 7 PVG¹²⁾** eingeholt. Die Erledigungsfrist für Gutachten der PVAB nach PVG beträgt maximal vier Wochen, also höchstens 28 Kalendertage.

4. Zur Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung der PV-Organen

	2022	2023
Anträge auf Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Geschäftsführung von PV-Organen	20	13
Abgeschlossene Verfahren¹³⁾	26	13
Einstellungen¹⁴⁾	0	0
Bescheide	26	12
<i>Zurückweisung¹⁵⁾</i>	9	5
<i>Abweisung</i>	6	3
<i>Stattgebung</i>	11	4

In diesen aufsichtsbehördlichen Verwaltungsverfahren, auf die das AVG anzuwenden ist, wurden im Berichtsjahr **12 (26) Bescheide** erlassen. Dabei wurde in **4 Fällen bzw. 33,3 % gesetzwidrige** Geschäftsführung und in **3 Fällen bzw. 25 % gesetzmäßige** Geschäftsführung festgestellt. In **5 Fällen bzw. 41,7 %** musste der Antrag aus formalen Gründen zurückgewiesen werden.

¹⁰⁾ In Klammer angeführt jeweils die Zahlen des Vorjahres.

¹¹⁾ Auf die Prüfung von Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch ein Organ des Dienstgebers ist das AVG nicht anzuwenden.

¹²⁾ § 10 Abs. 7 PVG.

¹³⁾ Inklusive 2 Verfahren von Amts wegen, darunter eines mit Abschluss ohne Bescheid.

¹⁴⁾ Beispielsweise wegen Rückziehung des Antrags.

¹⁵⁾ Beispielsweise wegen Unzuständigkeit der PVAB oder fehlender Antragslegitimation.

	2022	2023
Verteilung der abgeschlossenen aufsichtsbehördlichen Verfahren auf die Bundesministerien¹⁶⁾	26	13
<i>Landesverteidigung (BMLV)</i>	12	5
<i>Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF)</i>	6	1
<i>Justiz (BMJ)</i>	5	2
<i>Inneres (BMI)</i>	3	5

Im **Berichtsjahr 2023** bezogen sich **5 Fälle** bzw. **38,5 %** der **13 abgeschlossenen Verfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMLV sowie gleichfalls **5 Fälle** bzw. **38,5%** auf Dienststellen im Bereich des BMI, **2 Fälle** bzw. **15,3 %** auf Dienststellen im Bereich des BMJ und **1 Fall** bzw. **7,7 %** auf eine Privatschule im Bereich des BMBWF.

Im vorangegangenen **Berichtsjahr 2022** hatten sich **12 Fälle** bzw. **46,15 %** der **26 abgeschlossenen Verfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMLV bezogen, **6 Fälle** bzw. **23,08 %** auf Dienststellen des BMBWF, **5 Fälle** bzw. **19,23 %** auf Dienststellen im Bereich des BMJ und **3 Fälle** bzw. **11,54 %** auf Dienststellen im Bereich des BMI.

¹⁶⁾ Die Bezeichnung der Bundesministerien entspricht dem Bundesministeriengesetz 1986 – BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 98/2022.

5. Zur Einhaltung des PVG durch Organe des Dienstgebers

	2022	2023
Beschwerden wegen Verletzung des PVG durch Organe des Dienstgebers	7	5
Abgeschlossene Verfahren	7	5
<i>PVG-Verletzung</i>	2	2
<i>Keine PVG-Verletzung</i>	3	1
<i>Zurückweisung¹⁷⁾</i>	2	2
<i>Einstellung:</i>	0	0

2023 wurde in **2 Fällen** bzw. **40 %** von insgesamt **5 Verfahren** eine Verletzung des PVG festgestellt, in **1 Fall** bzw. **20%** die Beschwerde als unberechtigt verworfen und in **2 Fällen** bzw. **40%** die Behandlung der Beschwerde aus formalen Gründen abgelehnt.

2022 war in **2 Fällen** bzw. **28,57 %** von insgesamt **7 Verfahren** eine Verletzung des PVG festgestellt, in **3 Fällen** bzw. **42,86%** die Beschwerde als unberechtigt verworfen und in **2 Fällen** bzw. **28,57%** die Behandlung der Beschwerde aus formalen Gründen abgelehnt worden.

	2022	2023
Verteilung der Beschwerdeprüfungsverfahren auf die Bundesministerien ¹⁸⁾	7	5
<i>Landesverteidigung (BMLV)</i>	4	4
<i>Justiz (BMJ)</i>	3	1

¹⁷⁾ Beispielsweise wegen Unzuständigkeit der PVAB oder fehlenden Beschwerdevoraussetzungen.

¹⁸⁾ Die Bezeichnung der Bundesministerien entspricht der aktuellen Fassung des Bundesministeriengesetzes – BMG, BGBl. Nr. 76/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 98/2022.

2023 bezogen sich **4 Fälle** bzw. **80 %** der insgesamt **5 abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMLV und **1 Fall** bzw. **20 %** auf eine Dienststelle im Bereich des BMJ.

2022 hatten sich **4 Fälle** bzw. **57,14 %** der insgesamt **7 abgeschlossenen Beschwerdeprüfungsverfahren** auf Dienststellen im Bereich des BMLV und **3 Fälle** bzw. **42,86 %** auf Dienststellen im Bereich des BMJ bezogen.

6. Veröffentlichung der Entscheidungen der PVAB

Gemäß § 41e PVG hat der Vorsitz der PVAB rechtskräftige Bescheide, Beschlüsse, die nicht bloß verfahrensleitend sind, und die Ergebnisse von Prüfungen gemäß § 41 Abs. 4 PVG in anonymisierter Form im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) zu veröffentlichen. Im Berichtsjahr wurden die Rechtssätze sowie die Entscheidungstexte, sofern die Anonymisierung der Entscheidungstexte unter Wahrung der gebotenen Geheimhaltung der Identität der Verfahrensparteien möglich war, aller rechtskräftigen Bescheide¹⁹⁾ und verbindlichen Prüfungsergebnisse²⁰⁾ im RIS veröffentlicht.

Wien, am 31. Jänner 2024

Die Vorsitzende:

Sektionschefin i.R. Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Eva-Elisabeth SZYMANSKI

¹⁹⁾ § 41 Abs. 1 in Verbindung mit § 41c Abs. 1 PVG.

²⁰⁾ § 41 Abs. 4 in Verbindung mit § 41c Abs. 1 PVG.